

**Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1960**
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Baden-Württemberg

**„Aktionsprogramm.
Forderungen der FDP Baden-Württembergs
für die kommende Landtagsarbeit“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Freiburg im Breisgau am 23. April 1960)



AKTIONSPROGRAMM

Forderungen der Freien Demokratischen Partei Baden-Württembergs für die kommende Landtagsarbeit

I.

Gesundes Staatswesen

Oberster Grundsatz der politischen Arbeit der Freien Demokraten im Land wie im Bund ist die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln. Die FDP bekennt sich zum freiheitlichen Rechtsstaat, der sich auf die notwendigen Regierungs- und Verwaltungsaufgaben beschränken soll und dessen Grundlage eine lebendige Selbstverwaltung ist.

Die FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI fordert daher:

1. **Das Land Baden-Württemberg** hat sich bewährt und muß ein gesundes, blühendes Staatswesen bleiben, dessen produktiven Kräften in allen Zweigen des geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens freie Entfaltung gesichert werden muß. Eine vorausschauende Landesplanung hat die Lebensmöglichkeiten unserer Kinder zu gewährleisten. Die Freie Demokratische Partei erstrebt die gleichmäßige Förderung des ganzen Landes. Schwächer entwickelten Gebieten muß wirtschaftlich und verkehrsmäßig besonders geholfen werden.
2. **Die Ungewißheit über den Fortbestand des Landes** muß schnellstens durch eine demokratische Entscheidung der Bevölkerung, entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, beseitigt werden. Die notwendige Neugliederung des Landes muß auf das historisch Gewordene, insbesondere auf die außerhalb der Landeshauptstadt bestehenden kulturellen und wirtschaftlichen Mittelpunkte Rücksicht nehmen und darf das organische Zusammenwachsen nicht durch ungesunde Zentralisation stören.
3. **Auf der Grundlage der Selbstverwaltung** muß für die Gemeinden echte Unabhängigkeit gesichert sein. Die staatliche Verwaltung ist durch Übertragung von Aufgaben des Staates auf die Gemeinden fortlaufend zu dezentralisieren.
4. **Dem Fleiß seiner Bürger** und der Leistung seiner Wirtschaft muß auch der Einfluß entsprechen, den das Land

Baden-Württemberg über den Bundesrat auf die Bundespolitik nimmt.

II.

Sparsame Finanzwirtschaft

Geordnete Staats- und Gemeindefinanzen sind Grundpfeiler gesunder Demokratie und freiheitlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Finanzpolitik soll der Gesamtpolitik dienen. Der Staat darf vom Bürger nur das verlangen, was er zur Erfüllung der unbedingt notwendigen Aufgaben braucht.

Die FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI fordert daher:

1. **Die öffentlichen Ausgaben** dürfen nicht weiter ansteigen. Eine maßvolle und besonnene Haushaltswirtschaft muß im Land und in Gemeinden und Kreisen, aber auch im Bund, Platz greifen.
2. **Die kommunale Selbstverwaltung** darf nicht durch eine zu weitgehende Nivellierung der Finanz- und Steuerkraft der Gemeinden im Wege des Finanzausgleichs in Frage gestellt werden. Die Verwaltungskraft der kleinen Gemeinden, die über keine nennenswerten Gewerbesteuererinnahmen verfügen, ist zu stärken.
3. **Wirtschaftskonjunktur und Währungsstabilität** verlangen die Verteilung der vielerlei Aufgaben — Wohnungsbau, Straßenbau, Wasserwirtschaft, bauliche Erweiterung und Erneuerung unserer wissenschaftlichen Hochschulen u. a. m. — auf einen längeren Zeitraum.
4. **Im künftigen Landtag** müssen Abgeordnete und Minister immer daran denken, wer letzten Endes die öffentlichen Ausgaben zu bezahlen hat: der Bürger.

III.

Ausbau des Schul- und Bildungswesens

Die Kulturpolitik steht für die FDP unter dem Leitsatz, daß die Entwicklung des Bildungswesens den Vorrang in der Politik gewinnen muß. Die FDP sichert den Kirchen- und Religionsgemeinschaften ihr Wirken im öf-

fentlichen Leben und fördert Erziehung, Volksbildung, Kunst, Wissenschaft und Forschung. Die christliche Gemeinschaftsschule ist die unserer Auffassung entsprechende Schulform.

Die FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI fordert daher:

1. **Ausbau von Volksschulen** und wo immer möglich von eigenständigen Mittelschulen, Hand in Hand damit Reform der höheren Schulen.
2. **Behebung des Lehrermangels**, Beseitigung der Schulraumnot und des Schichtunterrichts, Bau von Schulsportstätten, Verminderung der Klassenstärken, Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Schüler und Lehrer.
3. **Ausbau des Berufsschulwesens, Verbesserung** der Ausbildung der Berufsschullehrer, Ausbau von Technikerschulen und Höheren Technischen Lehranstalten, beschleunigte Umwandlung der Pädagogischen Institute in Pädagogische Hochschulen, Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen.
4. **Ausbau des zweiten Bildungsweges** zur Erlangung der Hochschulreife abseits des normalen Vorbildungsganges; großzügige Förderung der Erwachsenenbildung an Volkshochschulen und Volksbildungswerken.
5. **Ein allgemeines Schulgesetz** (Schulverwaltungsgesetz), das einerseits das Verhältnis der Schule zum Staat, andererseits das Verhältnis der Schule zu den Eltern neu ordnet.

IV.

Freiheit in der Wirtschaft

Sicherheit, Beständigkeit und Wohlstand für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wird durch die soziale Marktwirtschaft verbürgt; sie ist die Grundlage für die Erhaltung einer freien und selbständigen Mittelschicht und für die Neubildung selbständiger Existenzen.

Die FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI fordert daher:

1. **Der Mittelstand** muß durch eine wettbewerbsneutrale Regelung der Umsatzsteuer der bisher einseitig be-

vorzugten Großindustrie gleichgestellt werden. Er darf nicht durch zentrale Beschaffung des Behördenbedarfs überspielt werden, vielmehr muß das Kleingewerbe bei der Vergebung öffentlicher Aufträge gebührend berücksichtigt werden.

2. **Die bewährten Kreditgarantiegemeinschaften** des Handels und des Kleingewerbes müssen weiterhin gefördert werden.
3. **Der Gesetzesperfektionismus** muß einem allgemein verständlichen Gesetzestext weichen, den jeder ohne Berater verstehen kann.

V.

Für ein gesundes Bauerntum

Bauer und Bäuerin, denen wir unser tägliches Brot verdanken, müssen wissen, wofür sie arbeiten. Der Landwirtschaft, die am raschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg nicht im gleichen Maße teilnehmen konnte — einschließlich des für unser Land besonders wichtigen Wein-, Obst-, Gemüse- und Tabakanbaues — müssen die Wege geebnet werden.

Die FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI fordert daher:

1. **Erhöhung der Zuschüsse** für die Flurbereinigung und rascheren Fortgang der Arbeiten zur Verbesserung der Agrarstruktur. Die tragende Säule unserer Landwirtschaft ist — entgegen der Bauernkollektivierung in der Sowjetzone — der leistungsfähige bäuerliche Familienbetrieb.
2. **Stärkung der Konkurrenzfähigkeit** dieser Betriebe durch Sicherstellung erschwinglicher Preise für Produktionsmittel und Maschinen.
3. **Eine Mindestpreis-Abnahmegarantie** für die erste Wahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse.
4. **Gerechten Lohn** für die bäuerliche Arbeitsleistung an Stelle der bisherigen unsicheren und planlosen Subventionspolitik.
5. **Ausreichende Altershilfe** für Landwirte.

Verkündet auf dem II. Ordentlichen Landesparteitag 1960

der FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI / Demokratischen Volkspartei

in Freiburg im Breisgau, am 23. April 1960